



Handwerk

Aiwanger: "Baubranche gezielt von Kosten und Bürokratie entlasten"

15. Mai 2022

MÜNCHEN Der Ukraine-Krieg mit den steigenden Energiepreisen und Materialengpässen sorgt für zunehmende Probleme im deutschen Baugewerbe. Hinzu kommen die steigenden Bauzinsen, die das Bauen verteuern.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger warnt deshalb vor einem Einbruch in der Bauwirtschaft in den kommenden Monaten und negativen Auswirkungen auf Handwerk und Bauindustrie. Die Wohnungsknappheit würde zunehmen und die Wirtschaft insgesamt geschädigt, wenn nicht schnell gehandelt werde. Aiwanger: „Bauen muss wieder erschwinglich werden, sonst kommen wir in einen Teufelskreis aus Investitionszurückhaltung, Wohnungsnot, Auftragsrückgang und Insolvenzen. Die massiven Preissteigerungen der letzten Monate führen jetzt schon dazu, dass viele geplante Wohnungen und Firmengebäude nicht mehr gebaut werden, weil die Bauherren die Reißleine ziehen. Wir müssen hier schnell und vorausschauend gegensteuern, um nicht einen bitteren Herbst zu erleben.“

So fordert Aiwanger Sofortmaßnahmen zur Senkung der Energiepreise, insbesondere auch der Dieselpreise für die Baubranche: „Ich habe schon vor Monaten vom Bund eine Gewerbedieselsregelung gefordert, um die Wirtschaft in der Breite zu entlasten. Die Haltung des Bundes, diese Branchen könnten die Kosten ja im Markt weitergeben, führt genau zum aktuellen Problem: Auftragsstornierungen aufgrund Kostenexplosion und am Ende Wohnungsnot.“

Weiter fordert Aiwanger erschwingliche Bedingungen für den Bau durch gezielte KfW-Förderung und zügige Klarheit bezüglich der Förderung energiesparenden Bauens.

Der Materialknappheit und Verteuerung im Bereich Beton und Stahl könnte durch vermehrten Holzbau begegnet werden. Hierzu müsste mehr Holz aus heimischen Wäldern mobilisiert statt über Waldstilllegungen diskutiert werden. „Langfristige vertraglich abgesicherte Wertschöpfungsketten zu fairen Bedingungen für Waldbesitzer über Sägewerke bis zur Baubranche sind jetzt das Gebot der Stunde, um

Planungssicherheit in die nervöse Lage zu bringen. Viele Bauherren und Zimmereien sind in letzter Zeit massiv in Probleme gekommen. Der Holzbau hätte jetzt die Chance des Jahrzehnts, wenn er sie nutzt", erklärte der Staatsminister.

Im Zuge der Flächenspardebatte wurde die Ausweisung von neuem Bauland in den letzten Jahren zunehmend kritisch gesehen. Auch hier fordert Aiwanger einen „gesunden Mittelweg zwischen Flächensparen und der Notwendigkeit, neue Gebäude auch in neuen Baugebieten zu errichten.“ Außerdem dürfe Bauen nicht „zu Tode bürokratisiert werden. Von der Einlagerung von Erdaushub und Umgang mit Bauschutt bis zu Dokumentationspflichten für Handwerker und Baufirmen ist Bauen heutzutage ein juristisches Großereignis, der Rechtsanwalt und Jurist ist auf der Baustelle mittlerweile wichtiger als der Maurer. Auch das ist Teil des Problems.“ Aiwanger fordert einen Generalplan des Bundes für das deutsche Baugewerbe, um die Weichen richtig zu stellen.

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 235/22